

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name WVE GmbH Kaiserslautern im Auftrag der VGV Waldfishbach-Burgalben
 Straße Blechhammerweg 50
 PLZ, Ort 67659 Kaiserslautern
 Telefon 0 63 1/37 23333 Fax 0 63 1/37 23 100
 E-Mail Vergabestelle@wve-kl.de Internet _____

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer 23-09-06-1030

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe

- elektronisch
 in Textform
 mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 mit qualifizierter/m Signatur/Siegel
 schriftlich

d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen
 Planung und Ausführung von Bauleistungen
 Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

Friedhofstraße 1, 66919 Hermersberg

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Umbau und Erweiterung Kindertagesstätte Hermersberg - Estricharbeiten
300 m² Zementestrich auf Fußbodenheizung
Kleinarbeiten

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage _____
 Zweck des Auftrags _____

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

- nein
 ja, Angebote sind möglich
 nur für ein Los
 für ein oder mehrere Lose
 nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

Beginn der Ausführung: 05.02.2024
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: 16.02.2024
 weitere Fristen _____

j) Nebenangebote

- zugelassen
 nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

zugelassen

nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden

elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.subreport.de/E35611572>

nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

Abgabe Verschwiegenheitserklärung

andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

nachgefordert

teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

nicht nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist am 06.09.2023 um 10:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 27.10.2023

p) Adresse für elektronische Angebote <https://www.subreport.de/E35611572>

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch

r) Zuschlagskriterien

siehe Vergabeunterlagen

nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:

Niedrigster Preis 100%

s) Eröffnungstermin am 06.09.2023 um 10:31 Uhr

Ort

Die Angebote können ausschließlich elektronisch (über die Vergabeplattform) abgegeben werden.

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen

nur elektronisch.

Bieter und deren Bevollmächtigte sind nicht zugelassen

t) geforderte Sicherheiten

Die Rückgabe der Mängelbürgschaft richtet sich nach § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B mit der Maßgabe, dass eine Rückgabe erst nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche- und rechte erfolgt. § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B bleibt unberührt.

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Zahlungsbedingungen entsprechend § 16 VOB/B

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften wird keine Rechtsform vorgeschrieben. Es wird jedoch die Benennung eines verantwortlichen Ansprechpartners verlangt. Dieser muss für die Bietergemeinschaft als bevollmächtigter Vertreter (§§ 164 ff. BGB) handeln können und für diese insbesondere Erklärungen abgeben dürfen. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch.

w) Beurteilung der Eignung

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich
Liegt den Ausschreibungsunterlagen bei (124 Eigenerklärung der Eignung).

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Sämtliche mit dem Angebot einzureichenden Nachweise sind in der Angebotsaufforderung unter Buchstabe C) und Ziffer 3.4 sowie im Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

Gegebenenfalls auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise

- Referenznachweise,
- Angaben zu Arbeitskräften
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der IHK
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan – soweit erforderlich
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tarifl. Sozialkassen, des Finanzamtes, der Berufsgenossenschaft
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

Sonstiger Nachweis:

Der Auftraggeber wendet die Regelungen der Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ in der jeweils geltenden Fassung an.

121

(Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung)

© VHB - Bund - Ausgabe 2017 – Stand 2019 Seite 4 von 4

Zusätzliche Angaben zu den Zuschlagskriterien Verwaltungsvorschrift (Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz)

Des Ministeriums für Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau, des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums des Inneren für Sport vom 18. August 2021

Bevorzugtenregelung nach dem Sozialgesetzbuch IX

- Werkstätten für behinderte Menschen, Blindenwerkstätten und Inklusionsbetriebe

Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines nicht bevorzugten Bieters, so ist dem bevorzugten Bieter der Zuschlag zu erteilen.

Bei der Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene und zur Wertung herangezogene Preis

a) bei anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannten Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 v. H.,

b) bei anerkannten Inklusionsbetrieben mit einem Abschlag von 10 v. H. zu berücksichtigen.

Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, so wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten Einrichtungen an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Bei der Angebotsabgabe ist der Anteil der bevorzugten Einrichtungen anzugeben.

Der Nachweis der Bevorzugteneigenschaft ist mit dem Angebot zu führen.

- Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben

Bei der Wertung der Angebote ist im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag zu erteilen, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen Ausbildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

- Berücksichtigung von Unternehmen mit Frauenfördermaßnahmen

Bei der Wertung der Angebote ist im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst

wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag zu erteilen, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen umfassendere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchführt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Der Auftraggeber wendet die Regelungen des „Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)“ in der jeweils geltenden Fassung an

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Kreisverwaltung Südwestpfalz,

Unterer Sommerwaldweg 40-42,

66953 Pirmasens

Nachprüfung bei wirtschaftlich bedeutsamen Aufträgen gem. § 2 Abs. 1 NachprVO Rlp:

Vergabepflichtstelle

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Stiftsstraße 9,

55116 Mainz